

## **Japan und die Bundesrepublik am Vorabend des Europäischen Binnenmarktes**

Günter Diehl

In diesem Jahr 1989 werden eine Reihe von Ereignissen beklagt oder gefeiert, die als Meilensteine unserer neueren Geschichte gewertet werden. Im Zuge der damit verbundenen Überlegungen wird deutlich, daß der Preis des langen Friedens und des großen Wohlstands, den wir dank der Weitsicht unserer Staatsmänner genossen haben, in der Erstarrung der politischen Verhältnisse bestand.

45 Jahre nach Kriegsende kommt nun Alles wieder in Bewegung. Das ist nicht erstaunlich. Es wäre nämlich das erste Mal in der Geschichte der Menschheit, daß die Folgen eines großen Krieges nicht wieder in Frage gestellt würden. Dies umso mehr, als die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges den legitimen Ansprüchen und Forderungen der Völker nach Selbstbestimmung nicht genügen. Wenn heute von einer europäischen Friedensordnung gesprochen wird, meinen wir damit nicht die gegenwärtigen Verhältnisse. Unsere und die Absichten anderer Völker sind auf Veränderung gerichtet. Das löst zugleich Furcht und Hoffnung aus.

Ein bedeutendes Ereignis im Zuge dieser weitreichenden Entwicklungen ist die Einrichtung des Europäischen Binnenmarkts zu Beginn des Jahres 1993. Die Qualität des Vorgangs ist erst spät und auch nur annähernd richtig erfaßt worden. Daran ist wie so oft, auch der sehr spezielle Wortschatz und Sprachgebrauch nicht ganz unschuldig. Für viele blieb die ganze Diskussion abstrakt, verstellte den Blick auf eine tiefgreifende Veränderung von geschichtlicher Dimension. Worum handelt es sich? Als späte Folge des zweiten Weltkrieges findet die Einsicht der Europäer eine politische Gestalt. Die Opfer waren doch nicht umsonst. Die Europäer haben damit auch vollendet, wozu sie ihre amerikanischen Verbündeten ermutigt hatten. Sie stellen den Vereinigten Staaten von Amerika das Vereinte Europa gegenüber. Ronald Reagan hatte bei seinem letzten Besuch in Brüssel gesagt: "A united Europe will not be a rival, but a stronger ally".

Das sehen nicht alle so. Die Massen und Energien der sich formierenden großen Einheit lösen auch Besorgnisse aus. Wir werden das Wort von der Festung Europa so schnell nicht aus dem internationalen Vokabular entfernen können, nicht in Amerika, nicht in Japan und nicht in der Drit-

ten Welt. Das hat seine Gründe. Mit einem Schlage wird die EG (Europäische Gemeinschaft) weltweit die Einheit mit der größten Leistungsfähigkeit, faszinierend und furchterregend zugleich.

	Einwohner in Mio	BSP in Mrd. Dollar	Anteil am Welt- handel in %
EG	323	4.100	21,5
USA	243	4.500	21,5
Japan	122	2.400	12,0

Wie so oft haben japanische Politik und Wirtschaft sich vorausschauend und wohlinformiert auf das Zustandekommen des Binnenmarktes eingestellt. Dabei wurde auch nicht ausgeschlossen, daß das große Vorhaben scheitern könnte. Auch jetzt noch werden die vielfältigen Schwierigkeiten und Probleme, die der Zusammenschluß für die Europäer und für andere mit sich bringt, in Japan nüchtern gewogen und gemessen. Die Japaner sehen den künftigen Umgang mit der EG als eine Herausforderung an, der sie gewachsen sind. Das ist vermutlich zutreffend. Ein sich an wenigen Beispielen aurichtender Vergleich der Ausgangslage Japans und der Bundesrepublik am Vorabend des gemeinsamen Marktes verstärkt diesen Eindruck. Japan hat eine nationale Währung, den Yen. Die Währungspolitik wird national, von der Zentralbank und der Regierung, konkret vom Finanzministerium und dem MITI gesteuert. Die internationale Koordinierung erfolgt durch nahezu täglichen Kontakt mit den Notenbanken der großen Industriestaaten, selbstverständlich auch mit denen der wichtigsten EG-Mitglieder. Die Abstimmung der längerfristig orientierten Währungspolitik geschieht auf den Wirtschaftsgipfeln und anderen Spezialkonferenzen, etwa der Finanzminister oder Notenbankpräsidenten sowie in den einschlägigen internationalen oder multinationalen Gremien.

Die Frage, ob sich Japan von dem US-Dollar als allgemeiner Bezugsgröße, z.B. im Außenhandel entfernt und etwa dem ECU einen größeren Platz einräumt oder schließlich zunehmend in YEN fakturiert, läßt sich pragmatisch lösen. Sie hat keinen besonderen Schwierigkeitsgrad.

Für uns dagegen ist die künftige Gestaltung der Währungspolitik in



der Gemeinschaft eine sehr schwierige und komplexe Aufgabe, vielleicht die schwierigste überhaupt. Gewiß spricht die wirtschaftliche Logik für eine europäische Zentralbank. Aber selbst in der Wirtschaftspolitik entscheidet nicht die Logik allein. In der Debatte der Fachleute wird das politische Element gelegentlich krass unterbewertet. Es ist schwer sich vorzustellen, daß die französische Nationalversammlung oder das englische Unterhaus die Kontrolle des Franc oder des Pfundes aus der Hand zu geben bereit wären. Der Deutsche Bundestag ist vermutlich noch am ehesten geneigt, einer europäischen Bundesbank zuzustimmen, also nicht einer Zentralbank, sondern einer föderativ strukturierten Bank, wo die nationalen Noten-Banken eine ähnliche Rolle spielen würden wie die Banken unserer Länder im Verhältnis der Bundesbank. Aber selbst gegen eine solche Lösung gibt es schwerwiegende Bedenken, wie sie auch in den Gutachten des Sachverständigenrats beim BMWi (Bundesministerium für Wirtschaft) formuliert worden sind. Trotzdem geht die gegenwärtige Debatte in diese Richtung und führt voraussichtlich eines Tages auch zum Ziel. Aber nicht heute. Es wäre auch gefährlich, das Tempo forcieren zu wollen. Eine zu hoch angesetzte supranationale Integration entwickelt eine gefährliche Sprengkraft, wie die bittere Erfahrung mit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft gezeigt hat.

Die Notwendigkeit, eine europäische Zentralbank einzurichten, wird oft auch mit der unabweisbaren These begründet, der gemeinsame Markt könne nur funktionieren, wenn die allgemeine Wirtschafts- und insbesondere die Steuerpolitik der Teilnehmerstaaten harmonisiert werde. Von da ist es dann nur ein Schritt, um die Harmonisierung der Sozialpolitik zu verlangen. Auch dies erscheint logisch. Der Versuch, dieses Programm nach einem gemeinsamen Plan in Angriff zu nehmen, hat dennoch so gut wie keine Aussicht auf Erfolg. Die Quellensteuer-Debatte ist nur ein Beispiel für diese Annahme. Das Gefälle zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten ist inzwischen so deutlich ins Bewußtsein gerückt, daß auf allen Gebieten und von den unterschiedlichsten Interessentengruppen Forderungen nach Mehr oder nach Weniger erhoben werden. Dabei zeigt sich übrigens, welche Spitzenstellung die Bundesrepublik behauptet, der übellaunigen Öffentlichkeit zum Trotz. Das beste Regulativ wären die Kräfte des Marktes, gesteuert von dem Willen nach sozialer Gerechtigkeit, der sozialen Marktwirtschaft also, deren Vorteile jetzt selbst von den Kommunisten entdeckt werden.

Diesen Wahrheiten steht in Europa immer noch der Wille, ja die finstere Entschlossenheit entgegen, nichts dem freien Spiel der Kräfte zu

überlassen, sondern alles - natürlich vernünftig - zu regeln. Selbst wenn man den Mantel der Liebe über die einschlägigen Exzesse der Kommission in Brüssel deckt, bleibt geboten, diesem Unfug ein Ende zu machen. Gewiss ist es in vielen Fällen dringend notwendig, europäische Normen aufzustellen und einzuhalten. Zweifellos können die Vorteile eines großen Binnenmarktes dann besser ausgenutzt werden. Man muß aber auch sehen, daß Normen und ähnliche Vorschriften dazu mißbraucht werden können, die "Festung Europa" zu bauen.

Die Kommission hat inzwischen den Weg der Vernunft beschritten. Wenn ein ausländischer Importeur die Normen bzw. Vorschriften auch nur eines Mitgliedstaates der EG erfüllt, kann er in allen anderen Mitgliedsländern seine Produkte anbieten. Da wo es bisher Quoten gab, wie z.B. für japanische Automobile, müssen sie schrittweise, aber letztendlich völlig verschwinden. Auch im Bereich der Subventionen und Schutzzölle, insbesondere für Agrarerzeugnisse wird der Interessenvergleich unter den Mitgliedstaaten schwierig und langwierig sein. Die von Japan aufgestellte Behauptung, daß die EG mehr Handelshemmnisse beibehalten habe als Japan, wird sich noch lange Zeit nur mit Mühe widerlegen lassen.

Da Berlin der Sitz des Kartellamtes ist, scheint eine Bemerkung über Wettbewerb und Marktbeherrschung angezeigt. Bisher konnten für die Entscheidung der Frage, ob marktbeherrschende Größenordnungen vorlagen, nationale Kriterien herangezogen werden. Diese Methode ist fragwürdig geworden, denn es müßte eigentlich schon jetzt im Hinblick auf die Dimension des gesamten Binnenmarktes entschieden werden. In Japan selbst stellen sich derartige Probleme einstweilen noch nicht. Auch im europäischen Binnenmarkt werden erstzunehmende Fragen nach der marktbeherrschenden Position japanischer Unternehmen sobald nicht auftauchen. In Anbetracht der großen Liquidität und des daraus resultierenden Wagemuts der japanischen Banken ist aber zumindest theoretisch ein Versuch japanischer Unternehmen, auch auf einem Markt von den Ausmaßen des europäischen, eine beherrschende Stellung zu erlangen, nicht undenkbar. Sicher ist, daß die japanische Wirtschaft den gravierenden Nachteil, im Gemeinsamen Markt nicht als ein Familienmitglied auftreten zu können, dadurch auszugleichen bemüht ist, daß sie in diesem Markt massiv investiert. Die Varianten sind zahlreich und machen dem Einfallsreichtum der Japaner und ihrer europäischen Partner alle Ehre. Ein starkes Motiv schon jetzt in den Markt zu gehen, ist sicher auch die Annahme, das es leichter sein dürfte innerhalb einer Festung, wenn es sie denn geben sollte, zu operieren, als ihre Mauern von außen zu berennen.



Die deutsche Wirtschaft hat verhältnismäßig lange gezögert, sich auf den Gemeinsamen Markt einzustellen. Man stand nicht unter Entscheidungsdruck. Das war verständlich. Handels-, Zahlungs- und Leistungsbilanz wiesen und weisen geradezu fantastische Zahlen auf. Nicht im Einklang mit dieser in vielen Fällen berechtigten Gelassenheit und Zuversicht stehen die merkwürdigen Ängste und Sorgen, man werde im Wettbewerb untergehen. Sie wären dann begründet, wenn man nicht die Kraft und den Willen hätte, sich der Herausforderung zu stellen. Hoffnungen nämlich, die Japaner würden von unseren Lastern angesteckt werden und ihre Leistungsfähigkeit verlieren, scheinen nicht gerechtfertigt.

Gewiß wird es auch in Japan gesellschaftspolitische Veränderungen geben, die ihre Ursachen in der Arbeitswelt haben könnten. Das Ende der Showa-Zeit könnte mehr als nur einen Generationenwechsel markieren. Wir wissen es nicht. Es ist denkbar, daß auch die Vorherrschaft der LDP langsam zu Ende geht. Es bleibt übrigens erstaunlich, daß eine Partei so lange allein an der Macht bleiben kann, ohne völlig zu degenerieren. Mein Eindruck war, daß angesichts des Fehlens einer starken Opposition das notwendige Konditionstraining in innerparteilichen Auseinandersetzungen gesucht wurde, was periodisch ja auch hierzulande in Mode ist.

Japan hat im Gegensatz zur Bundesrepublik keine schwerwiegenden demographischen Probleme. Die Bevölkerung wächst langsam aber stetig. Das BSP pro Kopf läßt sich weiter steigern. Japan hat auch keine Einwanderungs- oder Asylanten-Probleme von Gewicht. In der Bundesrepublik, aber auch in anderen EG-Ländern, bergen beide Komplexe erheblichen Konfliktstoff, der sich nur schwer entschärfen läßt. Bei der Bekämpfung des Terrorismus, des Drogen und Menschenhandels hat Japan bessere Möglichkeiten als die EG im Ganzen. Wenn die nationalen Grenzkontrollen fallen und nur die Außengrenzen überwacht werden, ist, wer einmal drin ist, eben drin. Er ist sehr schwer wiederzufinden, besonders bei uns, wo gerade die Datenschützer gleichzeitig neue Erfolge bei der Bekämpfung der Verbrechen und das Verbot der Datenspeicherung verlangen. Die Kontrollen an den Binnengrenzen müssen aber fallen. Aus wirtschaftlichen Gründen, aber mehr noch aus politischen Gründen. Das Verschwinden der Grenzkontrollen ist das wichtigste Signal an alle Bürger, das sofort in seiner Symbolkraft verstanden wird.

Das Verhältnis des Gemeinsamen Marktes zu den Randzonen, zu den Nachbarn hinter den Grenzen des Binnenmarktes unterscheidet sich krass von der Stellung Japans in seiner Umwelt. Die verschiedenen europäischen Strukturen sind nicht deckungsgleich, insbesondere nicht auf

außenpolitischem und auf sicherheitspolitischem Gebiet. Die Schweiz, Österreich, Schweden, Finnland z.B. gehören weder zur europäischen Gemeinschaft noch zur WEU (West Europäischen Union) oder zum atlantischen Bündnis. Sie möchten aber trotzdem in ein geordnetes Verhältnis zur EG treten, die ihrerseits nicht zu einer Freihandelszone degenerieren will, sondern sich hohe politische Ziele gesteckt hat. Die EPZ (Europäische Politische Zusammenarbeit) im Rahmen des Europäischen Ministerrats kann schon jetzt beachtliche, in der ganzen Welt mit großer Aufmerksamkeit verzeichnete Erfolge aufweisen. Gemeinsames Vorgehen in der UNO, in multilateralen Konferenzen, aber auch gegenüber einzelnen Staaten zeigen dies sehr deutlich.

Wir werden, und warum sollten wir, unseren Nachbarn, mit denen wir sehr enge und umfangreiche wirtschaftliche Beziehungen unterhalten, nicht einfach negative Bescheide auf ihre Wünsche nach wie auch immer organisierter Zusammenarbeit geben können. Hier liegt Stoff für komplexe Verhandlungen, denn die EG wiederum darf nicht bei steigender Mitgliederzahl auf einen immer niedriger werdenden politischen gemeinsamen Nenner absinken. Eine große politische Zukunftsaufgabe stellt die Regelung der Beziehungen zu Osteuropa und den Donaustaaten dar. Es klingt zwar heute fast wie ein Scherz, wenn die Ungarn uns fragen, ob es denkbar wäre, daß ihr Land EG-Mitglied werden könnte. Die Antwort lautet, so denke ich, bis zur Ostgrenze Polens ist letztendlich alles möglich, wenn die Sowjetunion ihre Außenpolitik in der gleichen Weise kritisch überprüft, wie dies in der Innenpolitik versucht wird. Sie muß den friedensbedrohenden Versuch, Ende dieses Jahrhunderts mitten in Europa ein Stück Kolonialpolitik durchzuhalten, aufgeben, sich mit der immer noch anspruchsvollen Rolle einer saturierten Großmacht begnügen. Alles andere geht auch über ihre Kräfte. Die Anziehungskraft, welche die freie Welt ausübt, wird jedenfalls durch den Gemeinsamen Markt erheblich gesteigert.

Wirtschaftliche Anreize für eine förmliche Regelung der Beziehungen der Gemeinschaft mit Osteuropa gibt es übrigens nicht. Es ist eine der eindrucksvollsten Fehlleistungen unseres Informationswesens, daß in der Öffentlichkeit der Eindruck genährt wird, der Osthandel habe eine große Bedeutung und berge ungeahnte Möglichkeiten. Er beträgt derzeit mit der Sowjetunion in der einen Richtung 1,6 und in der anderen 1,5 Prozent unseres gesamten Außenhandels - mit fallender Tendenz.

Diese Anmerkung zum Osthandel darf nicht den Blick dafür trüben, daß die konkreten Möglichkeiten, die EG nach allen Richtungen hin



auszudehnen, insgesamt sehr zahlreich sind, wobei das Problem der optimalen Betriebsgröße beachtet werden muß.

Wie sieht es aus, wenn man eine ähnliche Fragestellung auf Japan bezieht? Auf den ersten Blick erscheint alles einfacher. Japan ist weitgehend allein und entscheidet auch allein. Dies wird in Japan als Belastung empfunden. In der Welt von heute ist die eigene Entscheidung ein komplexer Vorgang, der durch externe Daten beeinflusst wird. Dennoch ist der Entscheidungsprozess weniger kompliziert als in der EG.

Der Vorteil hat eine negative Entsprechung. Der japanische Wirtschaftsraum ist zwar größer als derjenige der Bundesrepublik, aber wesentlich kleiner als der des Gemeinsamen Marktes. Er läßt sich in einer multinational geordneten Form nur mit großen Schwierigkeiten vergrößern. Allerdings ist die "Großasiatische Wohlstandssphäre" ein altes japanisches Konzept. Sie war die Vision hinter dem Großasiatischen Krieg. Der Begriff war ein Propaganda-Slogan, und so ist er auch von Japans Gegnern bewertet worden, aber wie so oft wurde Japan auch in diesem Punkte unterschätzt. Japan hatte ein konkretes, weitgreifendes Programm. Eines der Ziele haben die Japaner in und nach der Niederlage verwirklicht: Die westlichen, weißen Kolonialmächte mußten Asien verlassen. Ein Nachhall dieser wahrhaft epochalen Veränderung war in westlichen Reaktionen auf den Tod des Kaisers Hirohito zu spüren. So lasteten ihm z.B. niederländische Kommentatoren die Verantwortung für die Härte der japanischen Besetzung Indonesiens an. In den Augen der Indonesier sieht die Sache anders aus. Sie sind froh, daß sie das holländische Kolonialregime trotz seiner Segnungen losgeworden sind.

Hier ist eine ernste Mahnung angebracht. Der Krieg in Ostasien war auch ein Krieg zwischen Weißen und Farbigen. Amerikanische Historiker weisen mit der ihnen eigenen intellektuellen Unbestechlichkeit jetzt nach, welche Rolle der Rassismus im Krieg gegen Japan gespielt hat. Der Rasendünkel ist auch einer der wesentlichen Gründe für die Fehleinschätzung der Asiaten im allgemeinen und der Japaner im besonderen. Es gibt gute Gründe dafür anzunehmen, daß Japan unter dem Aushängeschild der Großasiatischen Wohlstandssphäre selbst einen Wirtschaftsimperialismus mit kolonialen Zügen betrieben hätte. Diese Annahme ist eines der Hemmnisse, die in der Gegenwart dem Aufbau einer regionalen Struktur in Asien und im Pazifik entgegenstehen. Dennoch wird der Gedanke einer Pacific Community weitergedacht, unter anderem von einem so erfahrenen und maßvollen Mann wie dem früheren Außenminister Saburo Okita. Die Entstehung des Gemeinsamen Marktes hat verständlicherweise die

asiatisch-amerikanische Debatte neu belebt. Dennoch, die weiten Räume bleiben ein großes Hindernis, auch wenn wir wissen, daß bereits heute mehr Tonnage über den Pazifik geht als über den Atlantik. Die neuen hochwertigen Güter, wie chips, benötigen so wenig Platz, daß sie per Luft in Stunden sicher über große Entfernungen verfrachtet werden.

Höher sind die Barrieren, die in der Verschiedenheit der Zivilisationen, Kulturen, Religionen und Sprachen bestehen. Die Homogenität ist in Europa größer. Dennoch wäre es ein Fehler, das Potential einer Pazifischen Zusammenarbeit zu unterschätzen, deren Hauptstütze und vermutlich auch Nutznießer Japan sein würde. Es hat heute schon mit den USA de facto die Einflußzonen - mit fließenden Übergängen - abgegrenzt. Indonesien und die Philippinen sind Beispiele.

Wenn man fragt, mit welcher Kondition Deutschland und Japan in die Arena des Binnenmarktes treten, ist es geboten, auch die gesamtpolitische Lage in die Betrachtung einzubeziehen. Japan hat eine Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik. Die EG hat in jedem Felde gleich mehrere Varianten anzubieten. Nun ist schlechterdings nicht zu erwarten, daß die großen politischen Bewegungen in allen Mitgliedstaaten der EG synchron verlaufen. Wenn in dem einen Land eine konservative Regierung an der Macht ist, weil das Volk das so will, dann treffen wir in einem anderen auf eine sozialistische oder eine Koalitionsregierung, die sich an der Mitte oder links außen festhält. Natürlich hat das Folgen in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, die europäischen, durchgreifenden Lösungen Grenzen setzen. Dies ist nicht nur negativ zu bewerten.

Trotz aller Unterschiedlichkeit gibt es wie Ebbe und Flut wechselnde, breite und tiefe Strömungen, den Zeitgeist. Wir erkennen deutliche Signale, daß sich weltweit eine gewisse Annäherung in den großen Grundfragen vollzieht. Das Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft hat sich, ob es nun so genannt wird oder nicht, durchgesetzt, weil es in unserer Zeit die Bedürfnisse der Menschen am besten erfüllt. Der Marxismus hat sich selbst in den kommunistisch regierten Ländern erschöpft. So wird vieles im vereinten Europa möglich sein, aber alles Gute und Schöne eben nicht. Das wird eine Quelle ständiger Schwierigkeiten und verlangt permanente Anstrengungen, um diese Differenzen auf ein erträgliches Maß abzusinken. Unser föderatives System bietet ein erprobtes Modell für die produktive Auflösung derartiger Spannungen.

Japan und die USA haben andere, aber nicht diese Probleme. Ich sehe keine kritische Masse, die derzeit in den pazifischen und in den bilateralen japanisch-amerikanischen Beziehungen eine ähnliche Sprengkraft



entwickeln könnte, wie sie eine politische Destabilisierung der Bundesrepublik im Gefüge der EG und des Atlantischen Bündnisses haben würde. Japan wird sich trotz aller wirtschaftspolitischen Irritationen, die in dem Übergewicht der japanisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen begründet sind, nicht von den Vereinigten Staaten trennen und umgekehrt. Japan wird auch die Vorgänge in der Sowjetunion weiterhin anhand der gemachten Erfahrungen mit dem Verstand bewerten und danach handeln.

Es wäre tragisch, wenn sich Deutschland wieder als unberechenbar erweisen würde und von der Völkergemeinschaft entsprechend behandelt werden müßte. Wir haben uns mit unseren Partnern in der EG und im Atlantischen Bündnis, die Freunde und Verbündete geworden sind, zusammengetan, nicht etwa weil wir den Krieg verloren, sondern weil wir uns auf die gemeinsame Gesinnung und Gesittung zurückbesonnen haben, die wir in den 12 Jahren der Gewaltherrschaft mißachtet hatten. Wir wollten nach 1945 unseren Platz in der Gemeinschaft der freien, demokratisch verfaßten Völker wiederfinden. Wenn wir diese Grundentscheidung in Frage stellen, offen oder in wortgewandten Verkleidungen, säen wir die Saat eines neuen Krieges. In einem Augenblick, wo die Weltgeschichte uns eine Gelegenheit bietet, die vielleicht nicht wiederkehrt, sollten wir die Gunst der Stunde nutzen. Die Zeit ist reif für ein großes Werk. Führen wir uns noch einmal vor Augen, welches Potential die EG, die Vereinigten Staaten von Amerika und Japan zusammen besitzen. Fassen wir diese Kräfte auf eine intelligente Weise zusammen, legen wir unsere Gewichte in dieselben Waagschalen, dann gibt es kein weltwirtschaftliches ökologisches, außen- oder sicherheitspolitisches Problem, daß wir nicht gemeinsam lösen könnten, wenn es sich auf dieser Erde überhaupt lösen läßt. Wir dürfen unsere Kräfte nicht in einem sinnlosen Gegeneinander verzehren. Auch im Wettbewerb kann man das Ganze, das Gemeinwohl im Auge behalten. Vereint können wir für eine lange Zeit unseren Bürgern, jedem einzelnen, ganz konkret und wirklich einen breitgestreuten Wohlstand, einen sicheren Frieden und das höchste Gut, die Freiheit bewahren.

Die Grundbedingungen jeder menschlichen Tätigkeit werden durch den Lauf der Welt bestimmt. Die große Politik versucht dem beizukommen, mit immer neuen dramatischen, oft tragischen Bemühungen, wo jeder früher oder später schuldig wird und dafür bezahlen muß. Derzeit wird wieder ein groß gedachter und groß angelegter Versuch unternommen. Diesmal mit Aussicht auf Erfolg. Bei der notwendigen Beschäftigung mit den zahllosen Überlegungen und Entscheidungen, die auf dem

Wege in den gemeinsamen Europäischen Markt notwendig sind, sollte die politische Zielvorgabe der Kompaß bleiben.